



IBERO-AMERIKA VEREIN e.v.

HAMBURG 36, ALSTERGLACIS 8, IBERO-AMERIKA HAUS, TEL.: 41 20 11

Hamburg, den 29. Oktober 1973

RUNDSCHREIBEN NR. 13/1973

Das "brasilianische Modell" ist besser als sein Ruf
von Martin Gester

Mit diesem Rundschreiben möchten wir unsere Mitglieder auf die von dem bekannten Publizisten Martin Gester verfasste und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 27. August d. J. abgedruckte Darstellung der aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Lage in Brasilien hinweisen. Wir halten die Ausführungen von Herrn Gester insofern für besonders bemerkenswert, als in ihnen im Gegensatz zum vorherrschenden Tenor der Berichterstattung über Brasilien durch Presse, Rundfunk und Fernsehen der Nachweis erbracht wird, dass die in diesem Land verfolgte Wirtschaftspolitik letztlich nicht nur einer kleinen privilegierten Schicht zugute kommt, sondern der Hebung des allgemeinen Lebensstandards der breiten Bevölkerung dient.

Das Wachstum kommt auf die Dauer allen zugute

RIO DE JANEIRO, im August. Während den Marxisten, Leninisten, Stalinisten und Fidelisten zwischen Kuba und Chile so mancher Traum zerrann, setzten ihnen die verhassten "Guerillas" aus Brasilia ein Beispiel vor die Nase, das sie Tag für Tag mehr provoziert. Das "brasilianische Modell" ist heute in Südamerika zu einem Begriff geworden, seine Gegner sind in die Defensive geraten. Sie argumentieren mit einem "Ja, aber...". Widerwillig räumen sie ein, dass Brasilien in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Durch die reaktionäre Diktatur seien jedoch, so heisst es weiter, die Reichen nur noch reicher und die Armen nur noch ärmer geworden.

Der kümmerliche Mindestlohn Als Beweis für die volksfeindliche Wirtschaftspolitik am Zuckerhut wird vor allem auf den Mindestlohn hingewiesen. Der klägliche "salário minimo" ist zwar in letzter Zeit etwas stärker gestiegen als die offiziell berechneten Lebenshaltungskosten. Da aber der Inflations-Index - so wie in fast allen Staaten Südamerikas - um einige Punkte frisiert sein dürfte, mag es schon zutreffen, dass die Bezieher des staatlich vorgeschriebenen Mindestlohns in den vergangenen Jahren ihre Kaufkraft allenfalls gehalten haben.

Dazu muss freilich erwähnt werden, dass dem letzten Zensus zufolge der Prozentsatz derjenigen, die lediglich das Mindestgehalt bekommen, kleiner geworden ist. Die starke Expansion hat zumindest in dem Dreieck Rio - Sao Paulo - Belo Horizonte zu einer erheblichen Nachfrage nach Arbeitskräften geführt, mit dem Ergebnis, dass die Unternehmer auch den einfachen Hilfskräften häufig mehr als das Minimum zahlen.

Ausserdem kommt in dem direkt ausgezahlten Lohn weit weniger als früher der volle Aufwand für den Arbeiter zum Ausdruck. Die Firmen müssen vielmehr zusätzlich zu den Löhnen noch fast 100 Prozent Sozialkosten aufbringen. Die Unternehmer zahlen zum Beispiel wesentliche Beiträge in mehrere Fonds, deren Kapital unter anderem für den jahrelang vernachlässigten Wohnungsbau verwandt wird. Auf diese Weise wurden unter den Militärs für rund 5 Millionen Menschen eine Million Wohnungen gebaut. Keine Regierung aus den demokratischen Jahren vor 1964 kann auf eine ähnliche Leistung zurückblicken.

Die Regierung hält den Mindestlohn vor allem auch deshalb niedrig, um dadurch möglichst vielen Menschen eine Beschäftigung zu verschaffen. Der Zugang zur Beschäftigung soll nicht durch eine relativ hohe Einstellungsschwelle erschwert werden. Bei einem geringen Anfangslohn sind die Firmen eben eher bereit, eine grössere Zahl wenig effizienter Hilfskräfte zusätzlich einzustellen. Die auf diese Weise integrierten Menschen haben dann aber weit grössere Möglichkeiten, ihren Status zu verbessern, als all diejenigen, die ohne jede Aufstiegschance draussen vor der Tür bleiben.

900 000 neue Arbeitsplätze im Jahr Ferner ist zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ein rasches Wirtschaftswachstum unerlässlich. Nur Besorger im fernen Europa könnten auf den Gedanken kommen, das brasilianische System als "Wachstumsdiktatur" anzuprangern. Vielmehr hat sich dank der stürmischen Expansion die Zahl der Arbeitsplätze in Brasilien pro Jahr um rund 900 000 oder um 3 bis 4 Prozent bei einer gleichzeitigen Zunahme der Bevölkerung von etwa 2,8 Prozent erhöht. Dank der Expansion hungern heute in den brasilianischen Millionenzentren nicht Hunderttausende von Arbeitslosen herum und liegt heute das Familieneinkommen auch bei den Ärmsten oft nicht unerheblich über dem "salário mínimo"; denn nun bekommt Doña Maria nicht nur von ihrem Mann, sondern auch von den gleichfalls beschäftigten Söhnen Geld für ihren Haushalt.

Weit günstiger als die Mindestlöhne haben sich die auf den brasilianischen Tippzettel millionenfach abgedruckten Durchschnittslöhne entwickelt. Sie sind den offiziellen Angaben zufolge in den vergangenen drei Jahren jeweils um etwa 5 Prozent gestiegen. Selbst wenn man auch hier wieder davon ausgeht, dass durch die Inflation mehr von den Lohn erhöhungen aufgezehrt wurde als die Regierung wahrhaben will, so kann man doch ohne weiteres ein kleines reales Plus pro Jahr unterstellen.

Noch werden die Reichen reicher Der genaueste Überblick über das, was die Brasilianer verdienen, ergeben die Untersuchungen des jungen Wirtschaftswissenschaftlers Carlos Langoni, der die Ergebnisse der grossen Volksbefragung aus dem Jahre 1970 durch den Computer schickte und dadurch zu detaillierten Aussagen kam. Danach haben die 10 Prozent der am besten bezahlten Brasilianer ihren Anteil am gesamten Volkseinkommen von 1960 bis 1970 von 40 auf 48 Prozent erhöht, und zwar auf Kosten aller anderen Schichten. Die 10 Prozent Spitzenverdiener verfügen damit über weit mehr Einkommen als 80 Prozent der Bevölkerung. Während die 10 Prozent der Privilegierten fast die Hälfte des "Kuchens" für sich reservierten, blieb für die 10 Prozent der wirtschaftlich Schwächsten 1970 nur noch ein Häppchen von 1,11 Prozent gegenüber 1,17 Prozent zehn Jahre zuvor. In der Tat hat also der ohnehin schon unerträgliche Abstand zwischen reich und arm noch weiter zugenommen. Damit stellt sich sogleich die Frage: Lässt sich eine Entwicklungsstrategie, die zu derartigen Ungerechtigkeiten führt, überhaupt noch verteidigen?

Eine kurze und bündige Antwort fällt nicht leicht. Doch eins ist sicher; wer das brasilianische System allein auf Grund dieser prozentualen Einkommenszahlen verurteilt, macht es sich zu leicht. Zunächst ein-

mal bleibt festzuhalten, dass es "die Reichen" im Sinne europäischer Massstäbe kaum gibt. Nur ganze 1,2 Prozent der Beschäftigten verdienten 1970 mehr als 1.800 DM. Es ist also nicht so, dass an der Spitze der Einkommenspyramide Hunderttausende von Grossverdienern schmarmotzen, sondern die Decke ist fast überall zu kurz, was bei einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von etwa 450 Dollar gegenüber dem Zehnfachen in den reichen Industriestaaten kaum überraschen kann.

Aber auch die Arbeiter verdienen mehr Hinzu kommt, dass seit der Machtübernahme der Militärs jedermann, und sei er noch so einflussreich, seine Einkommenssteuer zahlen muss, die in der Progressionsspitze bis zu 50 Prozent ausmacht. Die Reichen werden also heute erstmals in der Geschichte Brasiliens ausnahmslos zur Steuerkasse gebeten. Ferner beweisen die Tabellen Langonis eindeutig, dass sich - in absoluten Zahlen gemessen -, auch die Lage der Arbeiter verbessert hat. Für die 40 Prozent der am schlechtesten gestellten Lohnempfänger ergibt sich von 1960 bis 1970 immerhin ein Mehrverdienst von 20 Prozent. Die Armen wurden also nicht ärmer, sondern "reicher"; der Abstand zu den vermeintlich Reichen wurde freilich grösser, da deren Gehälter viel kräftiger wuchsen.

Wenn in einer Volkswirtschaft die Zahl der Menschen pro Jahr um 2,8 Prozent zunimmt, die Produktion jedoch um 10 Prozent steigt, so muss ganz einfach etwas von der Mehrproduktion nach unten durchsickern. Die mittleren Einkommensschichten absorbieren zunächst allerdings noch so viel, dass vorerst nur wenig von dem Zusatzangebot in die untersten Schichten tröpfelt. Das Paradebeispiel für das langsame Durchsickern liefert die Automobilindustrie. Während 1959 nur jeder 81. Brasilianer ein Auto besass, kam 1972 bereits auf jeden 25. ein Fahrzeug.

Die Arbeiten Langonis zeigen auch, wer denn die wenigen Glücklichen sind, die über 1.800 DM im Monat verdienen, und wer zu den Unterprivilegierten gehört. Ganz oben sonnt sich die kleine Schar der Spezialisten mit Hochschulabschluss, ganz unten quält sich die immer noch grosse Zahl der Analphabeten. Hinter der äusserst ungleichen Verteilung steht also die für mitteleuropäische Köpfe kaum vorstellbare extrem unterschiedliche Ausbildung. Von den 10 Prozent der am schlechtesten Verdienenden kann zum Beispiel über die Hälfte nicht lesen und schreiben. Das besondere Glück der wenigen studierten Spitzenkräfte ist es, dass sich die florierende Wirtschaft - anders als etwa in Indien - um sie reisst. So kommt es, dass heute ein Diplomingenieur mit nur einem Jahr Berufserfahrung fast 2000 DM bekommt gegenüber einem Mindestlohn von rund 125 DM für die massenhaft vorhandenen Hilfskräfte.

Die grosse Hoffnung ist nun, dass die Schulen und Universitäten des Landes künftig weit mehr tüchtige Handwerker und Techniker ausbilden. Über ein grösseres und ausgeglicheneres Angebot auf dem Arbeitsmarkt müssten sich die provozierenden Einkommensdifferenzen dann ganz allmählich einebnen.

Chile und Kuba enttäuschen Die vielen Kritiker des brasilianischen Modells müssen sich schliesslich auch die Frage gefallen lassen, welche Alternative sie anzubieten haben. Zumindest in Südamerika wird derzeit kein anderes ähnlich erfolgreiches Rezept angeboten. Gerade die auf marxistische Vorstellungen festgelegten Gegner der brasilianischen Strategie haben allen Grund, ihre Patentlösungen neu zu durchdenken. Denn die Versuche in Kuba und Chile zeigen klipp und klar, wie leicht man besonders in den Entwicklungsländern mit einer Politik der Einkommensnivellierung Schiffbruch erleiden kann.

Den Sozialisten und Kommunisten um Allende passten die hohen Gehälter der Fachleute in den Kupfergruben natürlich nicht in ihr System. Sie kürzten deshalb die im internationalen Rahmen gängigen Dotierungen, mit dem Erfolg, dass sich die Manager und Techniker gegen den Marxismus und fürs Ausland entschieden. Da in Chile - wie in allen Staaten der dritten Welt - die zweite Führungsschicht nur kümmerlich besetzt ist, hatten Allendes Attacken auf die Ungerechtigkeit verheerende Folgen. Kostspielig aufgebaute Kapazitäten wurden nicht ausgenutzt; das Land verlor dadurch viele hundert Millionen Dollar Devisen. Die Gleichmacherei erwies sich letztlich als unsoziale Politik, unter der heute 10 Millionen Menschen leiden.

Auf Kuba ist das illusorische Konzept Allendes konsequent zu Ende gedacht worden. Die Grenzen sind geschlossen, die Wirtschaft wird zentral kommandiert, die wuchernde Bürokratie erstickt die in den Tropen ohnehin nicht übergrosse Bereitschaft mitzudenken und mitzuarbeiten. Das Ergebnis ist eine Pleite, in der für alle, ob reich oder arm, absolut weniger abfällt, als vor der "Befreiung der darbenenden Massen", ganz zu schweigen von der individuellen Freiheit, die bei dem dogmatischen Versuch der materiellen Gleichschaltung auf der Strecke blieb.

Die Enttäuschungen von Havanna und Santiago sollten für alle, die sich frei von ideologischer Verengung Gedanken über die Misere der Dritten Welt machen, Anlass genug sein, das brasilianische Modell unvoreingenommen zu durchleuchten. Offensichtlich führt doch eine an der Leistungsfähigkeit orientierte Wirtschaftspolitik mit all ihren zwangsläufigen Ungerechtigkeiten am schnellsten aus dem Elend.

Einem Liberalen fällt es trotz der imponierenden brasilianischen Zwischenbilanz gewiss schwer, die harten wirtschaftlichen und politischen Opfer auf dem Weg nach oben zu rechtfertigen. Kämen jedoch die Befehle der brasilianischen Generäle aus der linken Ecke, und würden die Offiziere in Brasilia überdies die Nachrichten aus ihrem Reich nach dem Vorbild der sozialistischen Staaten total auf Fortschritt programmieren, dann wäre es sicher eine ausgemachte Sache, dass Brasilien das einzig richtige Modell für die Entwicklungsländer anbietet.
